

Protokolleintrag vom 11.12.2013

2013/434

Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.12.2013:

Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der rot-grüne Pleitegeier stürzt sich auf Zürich

Der Budgetentwurf 2014 des rot-grün dominierten Zürcher Stadtrates übertrifft selbst die schlimmsten Befürchtungen der SVP. Ganz besonders noch, wenn man die Erwartungsrechnung 2013 und den AFP 2014 - 2017 mit einbezieht. Der tief rot-grüne Stadtrat plant ein Defizit von 240 Millionen Franken. Die Erwartungsrechnung 2013 drifft auf ein Defizit von rund 100 - 120 Millionen Franken ab, anstelle der mit Budget 2013 geplanten 40 Millionen Franken. Besonders bedrohlich sind diese Zahlen, wenn man noch einen Schritt weitergeht und den Aufgaben- und Finanzplan 2014 - 2017 betrachtet. Darin zeigt der Stadtrat selber die Zahlen auf: 2015 ein Defizit von 304 Millionen, 2016 ein Defizit von 422 Millionen und 2017 nochmals ein Minus von 441 Millionen Franken. Kumuliert seit 2013 würden also rund 1.5 Milliarden Franken mehr ausgegeben als eingenommen. Bis 2017 droht ein massiver Bilanzfehlbetrag. Unter Berücksichtigung des aktuellen Eigenkapitalbestandes wird die Stadt Zürich bis dann eine Unterdeckung von 600 Millionen Franken aufgetürmt haben. Dabei ist die Schuld gegenüber der Pensionskasse von über 300 Millionen Franken noch nicht einmal eingerechnet. Zur Erinnerung - mit der Ausgliederung der Pensionskasse wurden ganz einfach die Schulden der Stadt gegenüber den Pensionären sogenannt aktiviert. Anders gesagt - man nahm eine Art Darlehen bei der Pensionskasse auf, das alljährlich zu 4.5 Prozent zu verzinsen ist. Eine lukrativere Anlage ohne Kursschwankung könnte sich die Pensionskasse wohl nirgends beschaffen. Das alles zu Lasten des Steuerzahlers.

Um es klar zu sagen: Ein Bilanzfehlbetrag würde in der Privatwirtschaft den Konkurs bedeuten!

Es ist geradezu selbstredend, dass unter solchen Umständen auch die Schulden steigen müssen. Betrüg die Bruttoschuld 2003 noch 7.07 Milliarden Franken, so sollen es 2017 schon 12.7 Milliarden Franken sein. Das geht nicht auf Kosten der aktuellen Politiker. Diese Bürde tragen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und insbesondere deren Kinder! Jeder Säugling, jede Bürgerin, jeder Bürger hat, ohne dass es die meisten von Ihnen wissen, Schulden gegenüber der Stadt in Höhe von 24'615 Franken, 2017 werden es über 30'000 Franken sein, das Bevölkerungswachstum eingerechnet.

Die rot-grüne Politik hat es fertiggebracht, das zeigen diese Zahlen eindrücklich, die Stadt Zürich innert 10 Jahren, trotz Rekordsteuereinnahmen, zumindest an den Rand des Ruins zu treiben. Immer wieder haben der Stadtrat und dessen Fraktionen im Gemeinderat darauf gesetzt, dass die überproportional steigenden Ausgaben mit sich wundersam entwickelnden Steuereinnahmen gedeckt werden könnten. Genauso funktionieren Zocker! Früher oder später bleibt Zockern nur noch der Weg zum Sozialamt. Der Unterschied ist, dass beim Gemeinwesen der Steuerzahler als Sozialamt dient.

Werden nicht schleunigst Massnahmen gegen diese horrenden Defizite und das Schuldenwachstum ergriffen, dann drohen massive Steuererhöhungen. Geht man davon aus, dass ein Steuerprozent rund 15 Millionen Franken entspricht und dass ein Bilanzfehlbetrag innerhalb von fünf Jahren abgetragen werden muss, so lässt sich unschwer erkennen, dass nicht einmal mehr eine Steuerfusserhöhung von 119 Prozent auf den Maximalsatz von 130 Prozent reichen würde, das Defizit zu decken.

Wer erwartet hatte, dass wir angesichts dieser verheerenden Zahlen mit dem Budget 2014 erste Massnahmen im Rahmen des Anfangs 2013 grossspurig angekündigten Sparprogrammes 17/0 vorgelegt erhalten würden, wurde natürlich enttäuscht.

Wer so verantwortungslos mit dem hart erarbeiteten Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und anderer Wirtschaftssubjekte umgeht, der hat nur eines verdient: Die ROTE KARTE. Nicht nur anlässlich der Budgetberatung, sondern ganz besonders auch bei den anstehenden Stadt- und Gemeinderatswahlen.

Es sei klar gesagt: Rot/Grün ist mittlerweile nicht mehr nur eine latente, sondern eine echte Gefahr für Wohlstand, Wohlfahrt und Wirtschaftsstandort Stadt Zürich. Die SVP will kein zweites Detroit, keine griechischen, keine französischen Zustände, keine Brückensperrungen wie in den Pleitestädten des roten Nordrhein Westfalen aufgrund mangelnder Liquidität.

Eine solch katastrophale Budgetvorlage hätte eigentlich nur eine einzige Antwort kennen dürfen: Zurück an den Absender. Der Stadtrat hatte allerdings bei der letzten Budgetrückweisung mehr durch Trotzköpfigkeit, denn durch ernst gemeinte Verbesserung des Budgets zugunsten der Steuerzahler gegläntzt. Die SVP hat die Zügel in die Hand genommen und Anträge mit einem Einsparungspotential von netto total über 270 Millionen Franken entweder selber erarbeitet oder unterstützt. Damit ist sogar eine Steuersenkung möglich, die dem wichtigsten Wirtschaftsstandort der Schweiz wahrlich gut anstehen würde.

Wir sind in diesen Tagen alle aufgerufen, auch „heilige Kühe“ im städtischen Haushalt zu opfern. So gilt es speziell in den Bereichen Soziokultur, Kulturförderung, Sozial- und Asylwesen, Kinderbetreuung, Umbau des Verkehrs, Kosten von Hochbauten etc. den Rotstift anzusetzen. Die Stadt Zürich muss sich kurz- und mittelfristig auch von allen Tätigkeiten trennen, welche nicht auch Private ausführen können.

Seit 2007 warnen wir vor den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Stadtzürcher Finanzlage. Seit 2007 sprechen wir von systemischem Defizit. Wie immer, wurden unsere Warnungen in den Wind geschlagen und der Begriff systemisch als lächerlich abgetan. Mittlerweile ist es nachhaltige Realität. Die SVP spricht Klartext. Das ist nicht immer angenehm. Es ist aber glaubwürdig und verantwortungsvoll. Es fordert nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern ein Umdenken - nicht nur für sich selbst, sondern im Besonderen für die kommenden Generationen.